

Positionspapier zur Oberbürgermeister*in-Wahl am 05. März 2023

Einleitung

Die Europastadt Frankfurt am Main wählt am 05. März 2023 im ersten Wahlgang und gegebenenfalls am 26. März 2023 in einer Stichwahl eine neue Person zur Oberbürgermeister*in, welche unsere Stadt in den nächsten sechs Jahren führen und maßgeblich mitgestalten wird. Volt Frankfurt tritt nicht mit einer Kandidatin bzw. Kandidaten an, positioniert sich jedoch auf Basis des Kommunalwahlprogramms von 2021 und den Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zwischen Grünen, SPD, FDP und Volt. Sowohl das Kommunalwahlprogramm als auch der Koalitionsvertrag haben für Volt Gültigkeit. Dieses Positionspapier widmet sich ausgewählten Themen und konkreten Projekte mit besonderer Priorität, für die wir um aktive Unterstützung des zukünftigen Stadtoberhaupts werben. Mit dem vorliegenden Positionspapier werden einige unserer Forderungen konkretisiert oder priorisiert, da wir uns von dem Neuanfang für Frankfurt Schwung für die zweite Hälfte der Wahlperiode versprechen.

Welche Aufgaben hat ein*e Oberbürgermeister*in?

Der*die OB wird von den Bürger*innen direkt gewählt, in Frankfurt findet die nächste OB-Wahl am 05. März. 2023 statt. Die gewählte Person repräsentiert unsere Stadt nach außen und sitzt dem Magistrat vor. Der Magistrat ist das politische Führungsorgan und besteht in Frankfurt aus 12 hauptamtlichen sowie 14 ehrenamtlichen Mitgliedern. Die hauptamtlichen Mitglieder (inklusive OB) sind Vollzeit-Politiker*innen und leiten bestimmte Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Mit Ausnahme des*der OB werden die Mitglieder des Magistrats von den Stadtverordneten gewählt.

In vielen deutschen Kommunen beinhaltet das OB-Amt eine sogenannte "Richtlinienkompetenz", also die Möglichkeit, den anderen Mitgliedern der politischen Führung konkrete Weisungen zu geben. In hessischen Kommunen ist das nicht der Fall, die hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats agieren eigenständig in ihren Bereichen, auch "Dezernate" genannt. Der*die OB bestimmt allerdings die Tagesordnung der Magistratssitzungen und verfügt über die Aufgabenverteilung und die Zuschnitte der Dezernate. Der Eingriff in diese Zuschnitte stellt jedoch einen massiven Einschnitt in den Gestaltungsfreiraum der

Dezernate und der politischen Kräfteverhältnisse dar, insofern wird von diesem Recht selten Gebrauch gemacht. Allgemein ist der Magistrat als ein Kollektivorgan zu verstehen, welches Beschlüsse mit Mehrheit herbeiführt und nach außen hin mit einer Stimme spricht.

Der*die OB hat daher nicht auf alle Themen direkten Einfluss, ist aber dennoch in einer sehr starken Position und nimmt zudem repräsentative Aufgaben wahr. Als Teil der Regierungskoalition streben wir mit Volt eine gute Zusammenarbeit im Sinne der Interessen der Stadt Frankfurt mit der*dem zukünftigen OB an.

Ziele und Werte

Für die Kommunalpolitik der kommenden Jahre orientieren wir uns an den Zielen und Prinzipien der **Leipzig-Charta**, ein europäisches Leitdokument für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Hierzu dient uns die transformative Kraft der Stadt, denn Städte sind Orte der Vielfalt, Kreativität und Solidarität, sie sind Experimentierfelder für neue Problemlösungsansätze und soziale Innovationen. Konkret umfassen die Ziele der Leipzig-Charta eine **gerechte, nachhaltige** und **produktive** Stadt. Hinzu kommt die **Digitalisierung** als Querschnittsdimension, sie ist die Voraussetzung für die Erfüllung dieser Ziele, sie ist für die Fähigkeit von Städten, sich möglichst agil an zukünftige Krisen anpassen zu können, unerlässlich. Um die städtische Widerstandsfähigkeit zu stärken, müssen Städte außerdem bereit sein, voneinander zu lernen. Eine gerechte Stadt beschreibt eine inklusive Stadtgesellschaft, in der Chancengleichheit herrscht und alle Menschen Zugang zu sozialer Infrastruktur haben. Eine nachhaltige Stadt verfügt über eine klimaneutrale Energieversorgung sowie ein effizientes Mobilitätssystem, das einen starken Fokus auf den Umweltverbund hat. Die produktive Stadt schafft die ökonomischen Voraussetzungen für diese Ziele. Sie muss innovativ, wettbewerbsfähig sowie klima- und umweltfreundlich sein.

Diese Ziele werden durch fünf Prinzipien guter Stadtentwicklungspolitik erreicht. Eine **gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik** bezieht sich auf die Interessen der Allgemeinheit, hierunter fallen eine gute Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energieversorgung, diskriminierungsfreie Räume, Naherholung, Bildung, kulturelle Angebote, das Grundrecht auf Wohnen oder auch der öffentliche Nahverkehr. Weitere Prinzipien sind der **integrierte Ansatz**, die **Beteiligung** der Bürger*innen und neue Formen der Mitgestaltung, beispielsweise in Form von **Ko-Produktion**, sowie eine nachhaltige und klimafreundliche Stadtentwicklung. Städte sollten gemäß des **Mehrebene-Ansatzes** auf internationaler Ebene kooperieren und gleichzeitig adaptive Lösungen im Sinne

des **ortsbezogenen Ansatzes** finden und wählen. Volt Frankfurt wünscht sich eine* einen OB, welche*r diese Ziele mitverfolgt und hochhält.

Der*die neue OB muss außerdem in ihrem Wirken **transparent** und verständlich sein sowie als Vorbild innerhalb der Stadtverwaltung fungieren. Die Person muss mit den Bürger*innen eine **offene Kommunikation** pflegen und proaktiv auf sie zugehen, über eine gute Reflexionsfähigkeit verfügen, pragmatisch handeln und den Mut für eine gelebte Fehlerkultur in der Politik mitbringen. Sie muss sich an jedem Tag für eine **diverse und antirassistische Stadtgesellschaft** positionieren. Frankfurter*in ist, wer in Frankfurt wohnt. Die Stadt heißt Schutzsuchende immer willkommen. Außerdem ist es uns sehr wichtig, dass die Person 1. Menschen bei den anstehenden Veränderungen mitnimmt, 2. politische Vorhaben ehrlich und nach der größtmöglichen Wirkung priorisiert und 3. gemeinsam mit allen relevanten Akteuren eine Vision für die Zukunft von Frankfurt schafft.

3 Fokusthemen

Demokratie und Beteiligung, Transparenz und Antikorruption

Unsere Demokratie braucht dringend ein Update. Ohnehin ist Demokratie nie etwas, das in Stein gemeißelt ist, sondern sich stetig fortentwickeln muss. Volt möchte das Ziel einer **aktiven und inklusiven Bürger*innenschaft** erreichen, ein Beitrag zu höherer Wahlbeteiligung leisten und die Akzeptanz für demokratische Prozesse steigern. Durch institutionalisierte Beteiligungsprozesse sollen möglichst viele Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung, besonders **unterrepräsentierte Gruppen**, sich auch zwischen den Wahlen am politischen Prozess beteiligen können. Leider ist es so, dass sich nur ein sehr selektiver Teil der Bevölkerung mit kommunalpolitischen Themen befasst. Viel zu viele Menschen dieser Stadt werden nicht gehört. Hierbei entsteht nicht nur eine Kluft, zwischen Bürger*innenschaft und den politischen Institutionen, dies führt auch zu erheblichen Repräsentations- und Kompetenzproblemen. Um das zu verbessern, erarbeitet die Stadt ein wichtiges Beteiligungskonzept zur Standardisierung von Beteiligungsprozessen, als Voraussetzung für die Einführung verschiedenster Beteiligungsformate. Es muss klar sein, welchen Zweck ein Format erfüllt und was anschließend mit den Ergebnissen passiert. Menschen müssen dort abgeholt werden, wo sie sich alltäglich bewegen und aufhalten. Es ist wichtig, die Stadtgesellschaft als ergänzendes Element zur repräsentativen Demokratie einzubeziehen. Denn mit einer gut organisierten und standardisierten Beteiligung können wir das Potential kollektiver Intelligenz und Kreativität der Menschen heben. Um die Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, ist es außerdem unerlässlich, regelmäßige Maßnahmen

gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ergreifen.

Konkret fordert Volt die Weiterentwicklung der städtischen Beteiligungsplattform Frankfurt Fragt Mich hin zu einer praktikablen **Demokratie-App**, die baldige Einführung des **Jugendparlaments** mit ausreichend Einflussmöglichkeiten, die Institutionalisierung des **Frankfurter Demokratiekonvents**, dessen Forderungen von der*dem OB ernst genommen werden müssen und ein **Schüler*innenhaushalt** zur Mitgestaltung von Bildungsorten. Außerdem muss sich die Stadt für ein **Wahlrecht für alle Menschen** mit Wohnsitz in Frankfurt, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, bereits ab 16 Jahren einsetzen.

Des Weiteren muss das geplante **Haus der Demokratie** mehr sein, als nur ein Prestigeprojekt oder ein abschreckender Tempel. Es muss **inklusiv, multilingual, europäisch, digital und interaktiv** konzipiert sein. Niemand nutzt ein Haus, auf dem zwar Demokratie geschrieben steht, aber wenig Demokratie drin ist. Junge Menschen und Menschen unterrepräsentierter Gruppen müssen stärker gehört werden. Das Haus muss Synergien mit bereits ausprobierten demokratischen Projekten, wie beispielsweise dem "Demokratiewagen", testen. Zudem muss das Haus einen Beitrag zur Institutionalisierung von Beteiligungsprozessen leisten, nur dann bietet es einen demokratischen Mehrwert. Es muss sich demokratisch immer fortentwickeln und stetig neu erfinden können, es muss ein physischer und/ oder digitaler Ort sein, an dem demokratische Prozesse und demokratische Innovation ausprobiert und erlebt werden können.

Auch das **Ehrenamt** und die Vereine sind ein wichtiges Rückgrat unserer Stadt. Sie ermöglichen einen offenen Austausch, schaffen lebenslange Freundschaften, haben einen integrativen Faktor und fördern den Zusammenhalt der Gesellschaft. Vieles würde in unserer Stadtgesellschaft ohne das Ehrenamt nicht funktionieren. Überall in Frankfurt gibt es Menschen, die sich für unsere Stadt engagieren und diese tagtäglich bereichern. Damit diese **freiwillige Arbeit** in Zukunft auch politisch noch besser unterstützt werden kann, muss sie zu einem wichtigen Thema im Dezernat der* der OB werden.

Transparenz- und Antikorruption

Neben der Möglichkeit, an der Demokratie zu partizipieren, ist es unerlässlich, Transparenz- und Antikorruptionsmaßnahmen zu priorisieren, um das Vertrauen der Menschen in die politischen Strukturen zu stärken. Besonders der*die OB muss in Sachen Transparenz- und Antikorruption als Vorbild gelten und muss mit einer Transparenzoffensive nach vorne gehen. Korruptionsskandale, wie die

AWO-Affaire, beschädigen das Vertrauen in die Politik massiv. Es muss der Anspruch einer transparenten Kommune sein, die wichtige Antikorruptionsarbeit regelmäßig dahingehend zu überprüfen, ob sie immer noch den aktuellen Standards entspricht. Das erfordert unter anderem feste Kontrollmechanismen und einen regelmäßigen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die angestrebte, kooptierte Mitgliedschaft bei Transparency International, die seit der Abwahl des alten Oberbürgermeisters deutlich an Fahrt aufnimmt, und die neu-geschaffene Whistleblower-Stelle bei der Stadt Frankfurt sind bereits erste wichtige Schritte.

Für eine **Transparenz- und Antikorruptionsoffensive** fordert Volt Frankfurt unter anderem Folgendes:

- die Stadt muss nicht nur im Zuge des Mitgliedschaftsantrags bei Transparency International, sondern regelmäßig eine Risikoanalyse zur Korruptionsgefährdung innerhalb der Stadt Frankfurt sowie bei den städtischen Gesellschaften und Betrieben veranlassen
- basierend auf der Risikoanalyse müssen entsprechende Nachbesserungen vorgenommen werden
- es müssen in geeigneter Form die Angaben über Art, Höhe und Zweck von Zuschüssen an Träger und in diesem Zusammenhang relevante Daten aus dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert auf der Website der Stadt aufgelistet werden
- Magistratsmitglieder und alle Organisationseinheiten der Dezernate müssen verpflichtet werden, mindestens zweimal pro Amtszeit an Schulungen zur Prävention von Korruption des Antikorruptionsreferats teilzunehmen
- auch den Stadtverordneten müssen praxisnahe Schulungen und Workshops im Bereich Transparenz, Antikorruption und Good Governance angeboten werden
- wir würden es begrüßen, wenn sich die Stadtverordneten zudem unter Berücksichtigung des freien Mandats in einem Verhaltenskodex zu ethischem Verhalten verpflichten
- es muss ein öffentlich zugängliches Transparenzregister mit Auskünften über die ausgeübte Berufstätigkeit, Tätigkeiten als Geschäftsführer*in, Mitglied eines Vorstands, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats oder Beirats für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und Magistratsmitglieder eingerichtet werden
- es muss eine zentrale und leicht auffindbare Seite geschaffen werden, die eine Zusammenfassung über alle städtischen Antikorruptions- und

Transparenzmaßnahmen, wie der neuen Whistleblower-Stelle oder den Antikorruptionsberichten, enthält

Digitalisierung & Smart City

Volts Ziel ist eine Stadt, deren Ämter sich als Dienstleisterin der Bürger*innen verstehen. Dafür müssen die Möglichkeiten der digitalen Transformation besser genutzt und bestehende Prozesse hinterfragt und optimiert werden. Die Verwaltung muss konsequent zu einem System digitaler Dienstleistungen umgebaut werden. Hierdurch wird auch ein Mentalitätswechsel in den Verwaltungen der Stadt hin zu einer aktiveren Unterstützung der Bürger*innen bei der Bewältigung von Verwaltungsprozessen eingeleitet. Bürger*innen und Unternehmen sollen alle digitalen Dienstleistungen an einem Platz finden können (One-Stop-Prinzip). Dies bedeutet **neue Mitarbeiter*innen für Maßnahmen der Digitalisierung** einzustellen und vorhandene Mitarbeiter*innen umfassend weiterzubilden. Bediensteten im öffentlichen Dienst sollen durch bediener*innenfreundliches und zukunftssicheres E-Government entlastet und unbesetzte Stellen ausgeglichen werden. Außerdem müssen für den digitalen Wandel und insbesondere die Umsetzung des OZG (Onlinezugangsgesetz) **ausreichend finanzielle Ressourcen** bereitgestellt werden.

Bei zukünftigen Softwareanschaffungen der Stadt müssen grundsätzlich auch alternative offene Standards und freie **Open Source** Software in Betracht gezogen werden. Volt setzt sich dafür ein, dass im Sinne der zu erarbeitenden Freiheits- und Informationssatzung möglichst viele durch die Stadt erhobene Daten öffentlich zugänglich sind und von allen genutzt werden können (**Open Data**).

Der*die OB muss digitale Themen auf die Tagesordnung setzen und die Digitaldezernentin dabei unterstützen, die **ämterübergreifende Zentralisierung städtischer IT** voranzubringen und **bedarfsorientierte Eingriffe in die Digitalisierungsvorhaben anderer Dezernate** vorzunehmen. Darüber hinaus muss die Aufmerksamkeit für das Thema Digitalisierung und der damit einhergehende, notwendige kulturelle Wandel in allen Frankfurter Ressorts verbreitert werden.

Verwaltungsmodernisierung

Die Stadt braucht eine umfassende Verwaltungsmodernisierung, um Prozesse zu modernisieren und damit Effizienz und Leistungsfähigkeit zu steigern, sodass Herausforderungen der kommenden Jahre überwunden werden können. Diese Transformation kommt nur dann voran, wenn sie auch von einem Prozess- und Kulturwandel begleitet wird, der unter anderem eine gelebte Fehlerkultur umfasst. Es gilt **effektives Projektmanagement in der städtischen Verwaltung**

stärker zu fördern, denn jeder Euro, der investiert wird, muss einen substanziellen Effekt erzeugen. Dazu gehört die Umsetzung für eine **wirkungsorientierte Haushaltssteuerung**. Effizientere Strukturen und ein zentralisiertes Projektmanagement bewirken nicht nur schnellere Reaktionszeiten für die Bürger*innen, sondern auch eine deutliche Kostenersparnis durch schlankere und effizientere Prozesse. Es geht darum, Fachpersonal zu entlasten und eine klare Grenze zwischen Sach- und Projektarbeit zu ziehen. Es muss geprüft werden, ob eine Vorhabenliste erstellt werden kann, auf der die Bürger*innen geplante und in der Umsetzung befindliche Projekte und Möglichkeiten der Beteiligung einsehen können.

Gleichzeitig gilt es, die Stadt Frankfurt insgesamt attraktiver als Arbeitgeberin werden zu lassen und in die Personalentwicklung zu investieren, um vorhandenes Personal fortzubilden und zu halten. Insgesamt muss die Verwaltung einen deutlichen Modernisierungsschub erhalten und im eigenen Interesse eine Umgebung für die Mitarbeitenden schaffen, in der es Spaß macht, zu arbeiten. Dazu gehört auch, dass die Verwaltung moderne Formen der Zusammenarbeit einführt und Mitarbeitende in die Weiterentwicklung mit einbezogen werden. Denn schon heute ist klar, dass viele Fachkräfte nicht für die öffentliche Verwaltung erreichbar sind. Dieser Zustand kann sich ändern, indem hochqualifizierten Kräften ein **außertarifliches Gehalt** ermöglicht wird. Denn eines ist sicher: In den meisten Fällen ist es langfristig nicht günstiger, an Fachpersonal zu sparen.

Smart City

Seien es smartes Wassermanagement, Parksensoren, die frühzeitig Falschparker*innen erkennen, eine Online Plattform für den lokalen Handel, ein Digital Train Control System für das Streckennetz der VGF, um mehr Kapazität und Energieeffizienz für Frankfurter U-Bahnen zu schaffen, oder „grünes Licht“ bei Ampeln für Rettungswagen und Einsatzkräfte, um die Effizienz einer Rettungsfahrt zu erhöhen und potenziell lebensrettende Sekunden zu gewinnen: Digitalisierung bedeutet Chancen für intelligente Stadtlösungen. Dabei sollte Frankfurt eng mit anderen europäischen Städten wie Barcelona, die auf diesem Gebiet weiter fortgeschritten sind, zusammenarbeiten. Damit profitieren wir gegenseitig von Erfahrungen und Innovationen. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Smart City sind auch die Erhebung und die gleichzeitig **intelligente Nutzung von Informationen**. Das kann über den Verkehr und das Müllaufkommen sein, aber auch Umweltdaten in der ganzen Stadt umfassen. Genauso wichtig ist eine größere und energieeffizientere Dateninfrastruktur. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass allgemeine, nicht-personenbezogene Daten, die von der Stadt

erfasst werden (wie zum Beispiel Luftqualität), oder den Energieverbrauch von öffentlichen Gebäuden einfach und digital auf der neuen, von der Digitaldezernentin Eileen O'Sullivan (Volt) umgesetzten, urbanen Datenplattform zugänglich gemacht werden. Damit werden wir jedem*jeder Interessierten ermöglichen, diese Daten für Projekte in den Bereichen Forschung, Stadtentwicklung oder Geschäftsmodelle in der Wirtschaft zu nutzen, die dann wiederum der Stadt zugutekommen können.

Europa & Internationales

Wenn es um die EU geht, wird den meisten das Bargeld in unseren Portemonnaies in den Sinn kommen. Schließlich ist die Stadt mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank und dem großen Eurozeichen am Willy-Brand-Platz die "Hauptstadt des Euro". Europäische Realitäten gibt es vor Ort jedoch noch reichlich mehr. Ein Großteil aller EU-Regelungen, die uns in unserem Alltag betreffen, müssen regional oder kommunal umgesetzt werden. In der Stadt leben und arbeiten knapp 100.000 europäische Mitbürger*innen und profitieren so von der wichtigen Grundfreiheit, der Freizügigkeit. Viele bedeutende Projekte in Frankfurt und der Region, beispielsweise die "Regionaltangente West" oder neuerdings auch die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität, werden durch EU-Fördermittel in Millionenhöhe unterstützt. Auf der anderen Seite gibt es auch viele Menschen, die mit der EU negative Dinge assoziieren, wie mangelnde Einigungsfähigkeit aufgrund nationaler Eigeninteressen der Mitgliedstaaten, eine überbordende EU-Bürokratie, postkoloniale Bezüge oder ganz konkret Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen. Ohnehin ist die schwer greifbare Europapolitik nicht dafür bekannt, nah bei den Menschen zu sein. Die EU ist sehr kompliziert aufgebaut, es fehlt an einer klaren politischen Zurechenbarkeit, sie leidet unter einem hinlänglich bekannten Demokratiedefizit und einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit.

Wir sind der Überzeugung, in der EU muss sich einiges ändern. Doch die meisten der Krisen lösen wir weder in Frankfurt noch in Deutschland alleine. Die konstruktive Antwort lautet daher: **Frankfurt braucht Europa**, also lasst uns Europa gemeinsam verbessern und reformieren, um zukünftig von solidarischen Lösungen profitieren zu können. Als Stadt, die europäisch sowie international vernetzt ist, können wir beispielsweise viele konkrete Vorteile hinsichtlich einer Fachkräftegewinnung oder der Stärkung des Wirtschaftsstandorts erlangen. Die Stadt bräuchte eine möglichst zentrale Stelle, die auf die Akquise von EU-Fördermitteln spezialisiert ist. Außerdem kann Frankfurt auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035 durch das Austauschen von Best Practice profitieren. Und Städte, die sich zusammenschließen, können gemeinsam und koordiniert handeln,

wie bei der Initiative "Sicherer Häfen", um konkrete Verbesserungen herbeizuführen.

Was können Kommunen für eine bessere Sichtbarkeit der EU tun?

Ein Schlüssel, um das Bewusstsein für die Relevanz der EU zu schärfen, ist es, die Einflüsse sichtbar und transparent zu machen. Volt schlägt unter anderem einen jährlichen **Europabericht** und einen Feiertag am **Europatag** vor. Letzteres wird dieses Jahr erstmals stattfinden. Frankfurt hat sich zudem zuletzt entschlossen, in einem eigenen Programm **kostenlose Interrail-Pässe** an junge Frankfurter*innen zu verlosen, ein Programm, das dauerhaft etabliert und ausgebaut werden muss. Außerdem findet europäische Vernetzung bereits seit Jahrzehnten in Form von **Städtepartnerschaften** statt, welche diverse geförderte Austauschprogramme hervorbrachten und weiter gefördert werden müssen. Dass diese nicht nur einen symbolischen, sondern auch einen ganz praktischen Wert haben, zeigte sich zuletzt, als Frankfurt, wie auch viele andere Städte, Hilfsgüter an die Partnerstadt Krakau sendete, die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu einem wichtigen logistischen Zentrum wurde. Daneben bestehen große **europäische Netzwerke**, wie die Eurocities, das Klima-Bündnis oder die European Coalition of Cities against Racism. Die Netzwerke sowie Städtepartnerschaften bieten das Potenzial, durch das Teilen von politischen "Best-Practices" gemeinsam voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. Es gibt viele kreative Maßnahmen, um den Einfluss und den Vorteil der EU sichtbar und erlebbar zu machen. Klar ist, der*die neue OB muss das Thema Europa gemeinsam mit der Dezernentin für EU-Angelegenheiten etablieren und mit Leben füllen. Es braucht eine neue **Frankfurter Europapolitik**, nicht nur lokal, sondern insbesondere auch auf internationaler Bühne.

Ein Europa der Bürger*innen

Die Sichtbarmachung von Europapolitik sowie die europäische Vernetzung sind notwendig für eine Stärkung der Europäischen Demokratie, allerdings erst eine Voraussetzung für die noch weitaus wichtigere aktive Mitgestaltung und das Engagement der Menschen. Genau das brauchen wir, wenn wir ein Europa wollen, dessen Zusammenarbeit nicht regelmäßig an nationalen Eigeninteressen scheitert, sondern von mündigen Europäer*innen getragen und vorangebracht wird. Klar ist, bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen und der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden auf dem Kontinent, werden wir die EU immer brauchen. Dafür ist es notwendig, sie zu reformieren.

Wir brauchen **neue Räume und Foren für europapolitische Debatten**. Die Stadt ist als Gastgeberin prädestiniert für europäische und internationale

Zusammenkünfte. Außerdem rief in Frankfurt bereits 2021 die Idee des ehemaligen Kommunikationschefs der Deutschen Bundesbank für einen "Euro-Pavillion" als touristische Attraktion sehr positive Reaktionen aus der Frankfurter Stadtpolitik hervor. Dort sollte die Geschichte des Euros und der historische Erfolg veranschaulicht werden. Volt Frankfurt macht sich auch und insbesondere für einen lokalen Raum stark, an dem Menschen vor Ort (ohne Konsumzwang) sich nicht nur über Europa informieren, sondern insbesondere auch diskutieren können. Einen erlebbaren Ort der Europäischen Demokratie, der an zentraler und erreichbarer Stelle steht, der zwar auf dem Vorschlag eines Euro-Pavillons basiert, aber mehr ist als ein bloßes Informationsangebot. Ein physischer und/ oder digitaler **Europa-Pavillion**, der alle europäischen Initiativen unter ein Dach bringt. Hier gilt es städtischerseits, aber auch mittels Beteiligungsformaten beispielsweise am Europatag zu prüfen, wo dies untergebracht oder auch integriert werden kann.

Wir sind überzeugt, die vertiefte Europäische Integration muss mit einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung einhergehen. Denn Kommunen sind es, die die Europapolitik konkretisieren, sie mitgestalten und letztlich tragen. Die Kommunen verfügen über ein viel besseres Gehör und Verständnis für die alltäglichen Belange. In den Kommunen liegt gar der Ursprung der Demokratie, hier können demokratische Innovationen reifen. Die Idee der Europäischen Integration erlaubt es uns, den starren Nationalstaat neu zu denken, hierin liegt eine große Chance für Frankfurt.

4 konkrete Projekte für 4 große Herausforderungen

Superblocks und eine Umgestaltung des öffentlichen Raums

Volt fordert eine Umgestaltung - weg von der autogerechten Stadt, hin zu einer menschenfreundlichen. Wir wollen den öffentlichen Raum für mehr Begegnung, Begrünung, Naherholung, Sport, Kreativität und Spielflächen vom Autoverkehr zurückgewinnen. Die Stadtteile Frankfurts sollen offener und lebenswerter ("kieziger") werden, um so auch den sozialen Zusammenhalt und ein inklusives Zusammenleben zu stärken. Um das zu erreichen, fordert Volt die Adaptierung des Konzepts der Superblocks, wie in Barcelona.

Als Superblock versteht man die Zusammenführung von mehreren Häuserblocks und Straßenzügen zu einem autoarmen und teilweise autofreien Viertel. Ziel ist es,

in diesen Wohnquartieren den Verkehr konsequent einzudämmen und zu beruhigen. Hierfür werden in den Kernbereichen der Blocks einzelne Straßenabschnitte in autofreie Zonen umgewandelt. Gleichzeitig entsteht mehr Raum zum Spielen, Verweilen, Spaziergehen und Radfahren.

Frankfurt ist es bereits in einigen Stadtteilen gelungen, den Durchgangsverkehr durch ein Einbahnstraßensystem und sogenannte Modalfilter konsequent auf die Hauptstraßen zu verlagern. Teilaspekte des Konzepts, z. B. die Schaffung von fahrradfreundlichen Nebenstraßen, sind und werden bereits umgesetzt. Allerdings besteht noch viel mehr Potenzial für die Qualität des öffentlichen Raums, wenn auch der ruhende Verkehr auf öffentlichen Flächen deutlich reduziert wird, und dies in Form eines zusammenhängenden Konzepts innerhalb eines ganzen Stadtviertels.

Ziel dieser vergleichsweise kostengünstigen Maßnahme ist es, durch die Reduzierung von Durchgangsverkehren und ruhendem Verkehr das städtische Verkehrssystem effizienter, sicherer, barrierefreier und nachhaltiger zu gestalten. Dadurch verbessert sich die Lebensqualität und Gesundheit der dort lebenden Menschen.

Das Konzept der Superblocks wird in Barcelona bereits seit einigen Jahren erfolgreich umgesetzt. Die Anzahl der Wege, die dort zu Fuß oder mit dem Fahrrad unternommen werden, hat sich spürbar erhöht. Die Luftqualität hat sich stetig verbessert und der Lärm hat sich reduziert. Befürchtungen, dass aufgrund der Verkehrsberuhigung der Einzelhandel leiden könnte, haben sich nicht bewahrheitet, im Gegenteil. Durch die belebenden Effekte kommen sogar mehr Menschen, allerdings zu Fuß und per Fahrrad, anstatt mit dem Auto.

Energiegenossenschaften von Bürger*innen für Bürger*innen

Eines der wichtigsten Ziele der Stadt ist die Klimaneutralität Frankfurts bis zum Jahre 2035 und ein wichtiger Bestandteil, um dies zu erreichen, ist der massive Ausbau erneuerbarer Energien. Volt fordert die schnelle finanzielle und organisatorische Unterstützung der Gründung von Energiegenossenschaften zur ökologischen, dezentralen und konzernunabhängigen Energiegewinnung. Ohne die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien in den Kommunen ist die Energiewende weder in Deutschland noch in Europa zu schaffen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität Frankfurts bis 2035 muss deshalb auch die klimaneutrale lokale Energieerzeugung auf dem Frankfurter Stadtgebiet umfassend ausgebaut werden.

Die Stadt ist dabei in hohem Maße auf das Engagement seiner Bürger*innen, aber auch das von Unternehmen und privaten Investor*innen vor Ort angewiesen, um die Dächer der Stadt in viel größerem Umfang mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. Der Vorteil einer Energiegenossenschaft: Auch Menschen mit geringem Einkommen können Genossenschaftsanteile erwerben und so neben finanziellen Vorteilen auch aktiv an dem Prozess und den Vorteilen einer unabhängigen, selbstbestimmten Energieversorgung mitwirken.

Viele mögliche PV-Installationen auf privaten Dächern scheitern nicht an der Bereitschaft der Bürger*innen oder kleiner Unternehmen, sondern neben der großen finanziellen Investition auch an dem aufwändigen organisatorischen Aufwand. Eine Energiegemeinschaft dagegen finanziert und profitiert gemeinsam und übernimmt auch den Großteil des Verwaltungsaufwandes - der reduziert und vereinfacht werden muss.

Das Modell der Genossenschaft ist im Energiebereich zudem seit vielen Jahren praxiserprobt und bietet ein demokratisch organisiertes, solidarisches Wirtschaften mit hoher Bürger*innenbeteiligung, welche die Wirtschaftskraft in der Region hält.

Housing First Frankfurt

Frankfurt muss die Obdachlosigkeit bis zum Jahre 2030 beenden. Wir können Menschen, die kein festes Zuhause haben, nicht zurücklassen. Wohnen gilt als Menschenrecht. Dennoch leben einige Menschen in einer wohlhabenden Stadt wie Frankfurt, unfreiwillig auf der Straße. Dieses Problem muss mit dem Konzept Housing First angegangen werden.

Housing First ist ein moderner Weg in der Obdachlosenhilfe, der in den 90er Jahren in den USA entwickelt wurde, um die Wohnungslosigkeit von Menschen mit hohen Bedarfslagen zu reduzieren. Der Weg basiert auf einem umfassenden Konzept (housingfirsteurope.eu). Housing First bedeutet im Kern, Menschen ohne eigene Wohnung möglichst schnell, bedingungslos und unbefristet wieder eine eigene Wohnung zur Verfügung zu stellen. Davon ausgehend kann bei fortlaufender Unterstützung der Weg hin zur sozialen und beruflichen Integration geebnet werden. Housing First bedeutet daher nicht "Housing Only". Hinter dem Konzept steht neben der Bereitstellung einer eigenen Wohnung auch ein umfassendes Hilfs- und Betreuungsangebot. Dies erfolgt zwanglos und individuell. Durch die Sicherheit der eigenen Wohnung kann der Fokus bei der sozialen Arbeit verstärkt auf die ursprünglichen Probleme gelegt werden. Betroffene müssen keine Kraft für Herausforderungen aufwenden, die durch die Obdachlosigkeit zusätzlich entstehen.

Best-Practice-Beispiele gibt es bereits sehr viele. Insbesondere Finnland, das als erstes europäisches Land Struktur und Ziele von Housing First auf nationaler Ebene anwendet, kann große Erfolge vorweisen. Die Anzahl obdachloser Menschen hat sich dort, seit das Konzept eingeführt wurde, fast halbiert. Zudem konnten jährlich 15.000 Euro je zuvor obdachloser Person eingespart werden. In Deutschland wird Housing First in einigen Städten auf verschiedene Weise praktiziert, beispielsweise in Berlin, Hannover, Köln, Düsseldorf oder Leipzig. Der Bundesverband für Housing First bündelt die Erfahrung und Expertise aus über 20 Städten und kann damit neue Projekte in Frankfurt unterstützen.

Die Finanzierung von Housing First kann über Spenden, Fördergelder und/oder öffentliche Gelder erfolgen. Für die Zurverfügungstellung von Wohnungen ergeben sich ebenfalls unterschiedliche Möglichkeiten, beispielsweise die Kooperation mit privaten oder öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, mit privaten Vermieter*innen, der Umbau von ehemaligen Notunterkünften oder der Neubau von Wohnungen. Zudem sollen mit einer "Quote in der Quote" für Menschen mit dringendem Wohnbedarf Wohnungen für Housing First beim sozialen Wohnungsbau strukturell eingeplant werden. Die Wohnungsmiete wird wie üblich von den Mieter*innen selbst bezahlt, in der Regel zuerst über die Sozialleistungen, sofern ein Anspruch darauf besteht.

Es ist nicht das Ziel, die laufenden Angebote der Wohnungslosenhilfe ohne Weiteres zu ersetzen, sondern Housing First peu a peu als sinnvolle Ergänzung in das bestehende Hilfenetz zu etablieren.

Wohnanleihe für bezahlbaren Wohnraum

Es braucht ein breites und langfristiges Bekenntnis zum sozialen Wohnungsbau in Frankfurt. Wir müssen in der Wohnungspolitik Weichen stellen, um unserem Leitbild "sozialer Wohnraum wie in Wien" in Zukunft entsprechen zu können. Einerseits umfasst das Maßnahmen, wie eine perspektivische Ausweitung des Baulandbeschlusses, die Senkung von Erbbauzinsen, die Ausweitung von Milieuschutzgebieten oder einen neuen Stadtteil im Nordwesten Frankfurts. Andererseits müssen auch im Wohnungs- und Immobilienbestand neue Möglichkeiten ausgeschöpft werden, da jährlich etliche Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen - sehr viel mehr, als neue Wohnungen gebaut werden können. Volt möchte über eine soziale Wohnanleihe (Social Bond) günstigen Wohnraum finanzieren, um den Anteil geförderter Wohnungen spürbar zu erhöhen.

Die Wohnanleihe funktioniert wie eine kommunale Anleihe. Institutionelle Investor*innen (z. B. Versicherungen, Stiftungen, Versorgungswerke), aber auch

Bürger*innen, die ihr Geld für einen gesellschaftlichen Mehrwert einsetzen möchten, können ihr Kapital in neue geförderte Wohnungen investieren. Die Anleihe wird über eine zu gründende oder bereits bestehende stadteigene Zweckgesellschaft emittiert, die wiederum den Neubau und insbesondere den strategischen Ankauf von Grundstücken und Immobilien über das Vorkaufsrecht vollzieht. Damit schaffen wir ein neues Instrument in der Wohnungspolitik neben dem Ankauf von Grundstücken und dem Neubau, auch Wohnungen im Bestand mit Mitteln des Marktes in die städtische Hand zu überführen. Die Wohnanleihe ist hierbei eine Möglichkeit, die finanzielle Leistungsfähigkeit einer solchen Zweckgesellschaft zu erreichen, es sollten aber auch weitere Lösungen für die Kapitalausstattung geprüft werden.

In München wurden 2020 bereits Erfahrungen mit einer Stadtanleihe im Volumen von 120 Millionen Euro gesammelt, mit der ein Wohnungs- und Schulbauprojekt realisiert wurde. In Berlin hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewobag 500 Millionen Euro im Jahre 2021 emittiert, ohne dabei den städtischen Haushalt zu belasten. Beide Anleihen waren vielfach überzeichnet. Die Wohnanleihe in Frankfurt würde die Stadt außerdem dabei unterstützen, sich zu einem Zentrum sozialer und/oder nachhaltiger Anleihen zu entwickeln.